

DIE CORONA-LEHRE

Quarantänehäuser spriessen,
Ärzte, Betten überall,
Forscher forschen, Gelder fließen –
Politik mit Überschall.
Also hat sie klargestellt:
Wenn sie will, dann kann die Welt.

Also will sie nicht beenden
Das Krepieren in den Kriegen,
Das Verrecken vor den Stränden
Und dass Kinder schreiend liegen
In den Zelten, zitternd, nass.
Also will sie. Alles das.

THOMAS GSELLA

Unmögliches wird möglich

Wenn es nötig ist, kann die Notbremse gezogen werden. Es muss nicht alles dem freien Spiel des Marktes überlassen werden. Regierung und Parlament können eingreifen und in der Coronakrise notfalls auch der Wirtschaft Knüppel zwischen die Beine werfen. Das geht nicht nur im wohlorganisierten China oder in Südkorea, sondern sogar hierzulande. Zwar hatte der Bundesgesundheitsminister trotz detaillierter Warnungen aus dem Jahre 2013 keinerlei Vorsorgemaßnahmen getroffen. Auch scheint keiner vorher die Notfallpläne gelesen zu haben. Aber immerhin stand zumindest anfangs außer Frage, dass die Regierung eingreifen und das Wohl der Bürger Vorrang vor dem Funktionieren der Profitmaschine haben muss.

Aber was hat das alles mit der Klimakrise zu tun?

Viele Menschen spüren, dass etwas geschehen muss, dass weder die Bekämpfung der Pandemie noch das Aufhalten des Klimawandels dem Markt überlassen werden kann. Dafür reicht schon ein Blick auf die Opferzahlen in der Lombardei oder New York City, eine Erinnerung an die vergangenen Dürresommer und die endlose Kette von immer gewaltiger werdenden Waldbränden am Amazonas, in Australien, in Schweden, in Kalifornien oder in Brandenburg. Zu offensichtlich ist, dass eine auf Egoismus basierende und allein auf privaten Gewinn ausgerichtete Wirtschaftsweise nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der

Mehrheit der Bevölkerung zu decken. Weder im globalen Maßstab noch vor der eigenen Haustür in der Kommune.

Die Menschen verlangen nach aktivem Handeln der Regierenden. Dass das Geld da ist, dass man Produktion auch planen, notfalls sogar anordnen, dass man den Luftverkehr weitgehend einstellen, dass man in aller Eile Fahrradwege anlegen kann und manches mehr, sofern nur der politische Wille da ist.

Man mag einwenden, dass es sich bei der Coronakrise um eine akute Notsituation handelt, beim Klimawandel aber nicht. Doch das ist ein großer Irrtum. Klimaschutz wirkt langfristig und muss vorsorgend sein. Die Erde erwärmt sich um ein Vielfaches schneller als je zuvor, seit die ersten Ackerbauern sesshaft wurden. Um etwas mehr als ein Grad Celsius liegen die Durchschnittstemperaturen inzwischen über dem vorindustriellen Niveau, wobei der größere Teil des Anstiegs in den letzten 45 Jahren erfolgt ist. Schon die nächsten Jahre werden uns womöglich vor Augen führen, welche verheerenden Folgen die Klimaveränderungen für die Welternährung haben können. Es herrscht, ganz so, wie es die Schüler seit nunmehr eineinhalb Jahren sagen, Klimanotstand. Die Treibhausgasemissionen müssen sofort drastisch reduziert werden, Verkehr und Energieversorgung umgebaut werden. Die Reaktion auf die Pandemie zeigt, dass ein Kraftakt möglich wäre.

Wolfgang Pomrehn

USA kündigen INF-Vertrag.

„Besuchen Sie Europa, solange es noch steht“.

Mit diesem zynischen Spruch machte Anfang der 80er-Jahre ein amerikanisches Reisebüro Reklame für Europa-Reisen. Die Band „Geier Sturzflug“ nahm das Thema auf. Es wurde zu einem großen Hit und half, die Einsicht in den selbstzerstörerischen Wahnsinn dieser Strategie zu fördern und die Friedensbewegung in ganz Europa zu stärken, was 1987 zum Abschluss des INF-Vertrages führte. Der untersagte die Stationierung

von atomaren Trägersystemen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern in Europa. Diesen Vertrag hat US-Präsident Trump zu Anfang dieses Jahres gekündigt. In der Begründung wird behauptet: Eine neue russische Rakete mit einer angegebenen Reichweite von 480 Kilometern überschreite die vereinbarte 500 km-Reichweitengrenze. Russland hat der Nato die Inspektion der Rakete angeboten. Die Nato lehnte das Angebot ab. Offensichtlich planen diese Strategen, Russland und der Welt ein neues gigantisches Wettrüsten aufzuzwingen.



1987 : Pershing-Raketen ziehen ab

Tatsache ist: Schon lange tüfteln Nato-Strategen daran, das „Gleichgewicht des Schreckens“ in ein Ungleichgewicht zugunsten des US-Imperialismus zu verwandeln. Dazu wurden zuletzt in Polen und Rumänien Abschussrampen eingerichtet, die sich laut NATO „gegen Angriffe aus dem Iran“ richten. Einzig erkennbarer Sinn: Damit soll die atomare Zweitschlagsfähigkeit Russlands nach einem Erstschat der Nato unterlaufen werden.

Ohnehin befinden sich die USA dank ihrer Nato-Vasallen in einer komfortablen Situation. Russland hat keine entsprechenden Waffen in der Nähe der USA-Grenzen stationiert. Weder Mexico noch Kuba oder Venezuela wären heute zu diesem Selbstmord-Trip bereit. Die Hauptlast eines von den USA zu verantwortenden Krieges hätte dann allein Europa zu tragen. Die absehbare Folge wäre die totale Verwüstung des Kontinents.

Eimsbüttel/ Osterstrasse

10,5 Jahre Wildpinkeln im Unnapark



Wir berichteten:

Die Posse begann im Jahre 2010. Da wurde die baufällige Toilette im Unna-Park abgerissen und für 100 000 Euro eine Betonrampe angelegt. Durch sie sollten auch Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer die neu zu bauende Toilette erreichen können. Das Projekt geht nun, ähnlich Elbphilharmonie und Berliner Flughafen, ins elfte Jahr. Solange in Schauspielhaus, Staatsoper und Landesmuseen keine Rohrverstopfungen auftreten und dreilagiges Klopapier ausreichend auf Lager liegt, ist an Kultur kein Mangel, meint Bezirksamtsleiter Gätgens. Unser Leser Ralf Peters, seines Zeichens Bezirksabgeordneter der Linken und Stadtteilpoet, teilt diese Einschätzung ausdrücklich nicht und weist erneut auf einen Fall höchster Dringlichkeit hin.

Ruin durch Urin?!

Der Mensch kann vieles wohl entbehren,
 doch muss er trinken und verzehren,
 sodass der Hunger und der Durst
 führ'n zu 'nem Strahl und zu 'ner Wurst.
 Auch die Person, die kriegt Hartz vier
 und deren Mahl oft kaum Pläsier,
 auch diese muss so manches mal
 auf das WC und Urinal,
 wo Wasser spült – so das Gebot
 auf Knopfdruck weg auch ihren Kot.
 Dann ist im allgemeinen
 der Mensch mit sich im Reinen.
 Dies dünkt der menschlichen Natur
 ein Grundbedürfnis der Kultur.

Doch nun und dies ist ungeheuer
 kommt dies Bedürfnis doch sehr teuer.
 Denn nur wer 60 Cent berappt,
 erhält die Klotür aufgeklappt.
 Es wird bei Hartz für Trank und Essen
 circa 4 Euro zugemessen,
 sodass wer auswärts uriniert,
 sich damit letztlich ruiniert.
 Als Ausweg bleibt für sie und ihn,
 in die Botank rein und pien...
 Wer sich solch Preise ausgedacht,
 dies sei hier einmal klar gesagt,
 gehört zur Sorte wohl gewisser
 - sie hören's nicht gerne: reicher Pisser!

Mobilität

Eimsbüttel „Spitze“

Im Grünwähler-Milieu Eimsbüttel stehen Innova-tionen hoch im Kurs. Sie müssen nicht unbedingt von der nützlichen Sorte sein. Doch selten gibt es Objekte, die alles verkörpern, was in einer Zeit falsch läuft. Mit dem elektrischen Roller gesellt sich ein neues hinzu. Ein paar Tech-Schlaumeiern ist es gelungen, der Politik weiszumachen, dass ihre rollenden Cash-Cows einen Beitrag zur Verkehrsentslastung leisten. Dabei schaffen sie nichts als weitere Bullshit-Jobs, erhöhen schon durch die herumfahrenden „Juicer“, welche die Dinger nächtens ein- und aufladen, das Verkehrsaufkommen, sind für alle Beteiligten gefährlich und nehmen öffentlichen Raum in Beschlag, ohne etwas



zurückzugeben. Die borniert herumkurvende Kundschaft symbolisiert so das Sterben politischen Handelns im Sinne von gesellschaftlichem Gemeininn.

Hard times ð gonna come, sagt der Ami.

Als erste Amtshandlung feuerte er einen Konkurrenten.

„Mich hat fassungslos gemacht, wie mit ihm nach 30 Jahren als treuer Beiersdorf-Mann umgegangen wurde. Das ist für mich nicht nachvollziehbar und inakzeptabel – und zudem ein schlechtes Signal an die Belegschaft“. Thorsten Irtz, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, zum Handelsblatt.



Gilt als harter Hund. Neuer Chef de Loecker

Beiersdorf

Beiersdorf quillt das Geld aus allen Hosentaschen. Die Geschäftsführung betont es gern: Die Mittel sind da um zuzukaufen, wenn sich nur die Gelegenheit böte. Mangels attraktiver Kandidaten hat sich der neue Chef de Loecker nun zu einer anderen Kapitalstrategie entschlossen: Die Investition in die Modernisierung und Zusammenführung bestehender Produktionsstätten.

Das große Aufräumen im Konzern hat schon begonnen.

Beiersdorf wird am Stadtrand von Leipzig auf mehr als 22 Hektar Weide-und Ackerland ein großes Werk bauen. Groß genug, um die Produktion der Standorte Waldheim, Berlin und Hamburg zusammenzuführen. Und schwer mit Steuergeld gepampert. Leipzig und das Land Sachsen haben für die Erschließung bereits die nötigen Steuermillionen bewilligt. Die rund 15 Millionen Euro betrachtet Beiersdorf indes nur als Anzahlung: Inzwischen ist ein Antrag auf Teilübernahme der Gesamtinvestition von 220 Millionen Euro gestellt. Nach Insiderberichten soll in Leipzig-Seeheim in Zukunft „mit bis zu 1000 Beschäftigten die Herstellung von Kosmetik, Körperpflegeprodukten und „waschaktiven Substanzen“ konzentriert werden. Als erste wird es die 280 Beschäftigten des Florena-Werks in Waldheim/Sachsen treffen. „Es ist ein außergewöhnliches Konzept“, so Beiersdorf-Personalchef Zhengrong Liu, „das mit großer Unterstützung der Betriebsparteien und der Gewerk-

schaft IGBCE zustande kam. Das Konzept verbindet die langjährige Erfahrung und Expertise der Belegschaft in Waldheim mit der hochmodernen Technologie und Infrastruktur des neuen Werks in Leipzig. Das Projekt eröffnet eine völlig neue Beschäftigungsperspektive. Davon soll zuvorderst die heutige Mannschaft aus Waldheim profitieren.“

Gut gebrüllt, Löwe Liu! Nur sind es mehr als 70 Kilometer bis zu diesem supertollen neuen Arbeitsplatz und für das Städtchen Waldheim mit seinen knapp 10 000 Einwohnern sind eine Industrieruine und der Verlust von 280 Arbeitsplätzen eine glatte Katastrophe.

Der Beiersdorf-Personalchef ist bekannt für blumige Worte. Genau der Richtige, um auch in Berlin (Duschbäder, Shampoos und Spülungen) und Hamburg (Dosen, Sprays, Kosmetik, Körperpflege) für einen Umzug nach Leipzig zu werben.



Rückabwicklung des Verkaufs von 12,4 Hektar Eimsbüttler Schrebergärten fällig!

Bezüglich Leipzig hat sich in Hamburg bisher nichts konkretisiert außer unguten Erwartungen. Den Betriebsräten in Berlin und Hamburg ist aber erhöhte Wachsamkeit zu empfehlen. Mit Sicherheit aber dürfte sich in Anbetracht der geplanten Größenordnung in Leipzig ein Ausbau der Produktion in der Troplowitz-Strasse erübrigen haben, und damit die Rückabwicklung des Verkaufs der 12,4 Hektar Grünfläche durch den Scholz-Senat auf die politische Tagesordnung gehören. Alles andere würde die Verkaufsbegründung „Werkserweiterung“ als reinen Schwindel entlarven. Die Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Lokstedt“ und die Zigtausenden ihrer Befürworter werden mit Interesse verfolgen, wie sich Senat und „Hamburgs einziges DAX-Unternehmen“ aus der Affäre ziehen.

Holsten-Areal zum fünften Mal verkauft.

Senat und Grünen-Bezirkschefin zeigen sich unfähig, Immobilienhaien Grenzen zu setzen.

Die Spekulanten sind die Profis

Eigentlich müsste die Entwicklung des Holsten-Areals ein Vorzeigeprojekt sein. Schließlich stehen dort 86 000 Quadratmeter zur Verfügung, um ein neues Quartier für Tausende Menschen zu schaffen. Aber weit gefehlt. Was sich hier abspielt ist die in Hamburg übliche Posse von Immobilienspekulanten, im Bankersprech Investoren genannt.



Wir berichteten: 2016 hatte die Düsseldorfer Gerch Group das Grundstück von der Carlsberg-Brauerei gekauft, aber die ist längst aus dem Geschäft. Das wurde von einer „SSN-Group“ übernommen, die dann wiederum mit Mehrheit an eine Berliner Consensus Real Estate ging. Zwischenzeitlich tauchte die Luxemburger ADO Property SA als vierter Eigentümer auf. ADO gilt in der Hauptstadt bei Kritikern als Vermieter, der auf solvente Mieter und Eigentumswohnungen setzt und seine Immobilien gern steuerfrei per "Share Deal" erwirbt. D.h., jeweils den ganzen Laden aufkauft. Dem Hamburger Senat ist offensichtlich schon vor Monaten mulmig geworden angesichts der halsbrecherischen Finanzoperationen rund um das ehemalige Brauereigelände. Darum hatte er das Holsten-Areal am 10. September unter städtisches Vorkaufsrecht gestellt.

"Sicher ist sicher", hieß es dazu aus der Stadtentwicklungsbehörde. Doch kaum gesagt, da durfte eine Adler Real Estate das Gelände über den Schnabel nehmen. Und der neue Eigentümer hat neue Vorstellungen. Er möchte Abstriche vom sogenannten Hamburger Drittmix, will weniger Sozialwohnungen bauen. Und seine Chancen stehen gut. Gerade erst erlaubte der Rot-Grün-Senat den Beiersdorf-Mehrheitsaktionären, der Herz-Familie, statt der vorgeschriebenen 270 Sozialwohnungen nur 180 zu bauen. Die fehlenden 90 werden zusätzliche Luxusapartments und dem notleidenden Milliardärsclan wohl so um die 60 bis 70 Millionen Euro Extra-Einkommen einspielen. Und diese Sonderregelung fordert auch Adler Real Estate für's Holsten-Viertel.

Was das Abendblatt übersieht, aber dem Senat und der grünen Bezirksamtsleiterin in Altona bekannt sein dürfte: Alle zwischenzeitlichen Eigentümer sind durch Kapitalbeteiligungen miteinander verbunden. Es handelt sich um nichts anderes als Scheingeschäfte von Briefkastenfirmen, die mit jeder Überschreibung den Preis des Baugeländes in die Höhe schrauben. Das behauptete Senatsziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wird so zum reinen Lippenbekenntnis. Dabei wäre es denkbar einfach, das Pokerspiel der Spekulanten zu unterbinden.

Andere machen es vor.

Die Stadt Ulm z.B. nimmt bei größeren Grundstückserschliessungen generell ein Vorkaufsrecht wahr und erteilt nur eine Baugenehmigung, wenn städtischen Auflagen genau gefolgt wird. Investoren, die nach 2 Jahren nicht gebaut haben, müssen das Grundstück zum Ankaufspreis an die Stadt zurückgeben. Bodenspekulation gibt es nicht in Ulm.

Es gibt für das Stillhalten des Hamburger Senats darum nur zwei Erklärungen: Im Rathaus sitzen ausschließlich Dilettanten und die einzigen Profis sind die Spekulanten. Oder: Dem Senat ist egal, für wen da Wohnungen gebaut werden.

Besser auch gar nicht fragen, wer hinter Gerch Group, ADO, SSN oder Adler Real steckt! Es könnten bekannte Hamburger Stifter, Wohltäter und Parteispender darunter sein. Das will die Politik dann nicht so genau wissen. Die Bahamas sind weit und die Zahl der steuerfreien Briefkastenfirmen nach oben offen. Genau wie die Mieten und Wohnungspreise.

Einladung / Termine

Die Gruppe Eimsbüttel trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag um 19 Uhr im Magda Thüroy-Zentrum, Lindenallee 72. Nahe U2 / Christuskirche. Wir freuen uns auf Deinen Besuch.

Grüne und Bundesregierung begrüßen Militärputsch in Bolivien



Der Reichtum aus dem Salz: Lithium

Das Gemeinschaftsprojekt war erst vor einem Jahr ins Leben gerufen worden. Das bolivianische Staatsunternehmen YLB und die deutsche Firma ACI Systems wollten gemeinsam Lithium aus dem Salzsee Uyuni gewinnen, in dem die weltweit größten Vorkommen vermutet werden. Der Rohstoff ist bekanntlich Schlüsselkomponente für die Produktion von Batterien für Elektroautos. Boliviens Staatschef Morales hat aus diesem Grund beim Vertrag mit Deutschland sehr darauf geachtet, dass ein großer Teil der Gewinne in Bolivien verbleibt und dem eigenen Land zugute kommen würde. Das hätte er besser bleiben lassen. Im selben Augenblick, in dem die bolivianische Regierung (mit über 60% gewählt) das Projekt stoppt, um sich mit kritischen Umweltschützern, Landwirten und Tourismus-Vertretern neu zu beraten, passiert der Putsch. Wer mag da an Zufall glauben?

Die Grünen: "Das Militär hatte recht"

International trifft das Ereignis in vielen Ländern auf scharfen Protest. Scharfe Kritik übte unter anderem der designierte argentinische Präsident Alberto Fernández, der den Umsturz ausdrücklich als Putsch einstufte. Die spanische Regierung verurteilte die Intervention der bolivianischen Militärs. Die Bundesregierung hingegen billigt den Staatsstreich. Der erzwungene Rücktritt des Präsidenten sei ein "wichtiger Schritt hin zu einer friedlichen Lösung", erklärte Regierungssprecher Steffen Seibert. Ausdrücklich befürwortet wird der Putsch in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Deren außenpolitischer Sprecher Omid Nouripour äußerte, das Militär habe "die richtige Entscheidung getroffen, sich auf die Seite der Demonstrierenden" - sprich putschende Polizei, Militärs und reiche weiße Oberschicht - zu stellen.

**Klerikalfaschist will
Präsident in Bolivien werden**

Bankrotterklärung

■ Zu j/W vom 16.4.: »Solidarität mit Assange«

Julian Assange, einer der letzten wirklichen Journalisten, und die mutige Whistleblowerin Chelsea Manning verdienen unsere ganze Solidarität. (...) Ihnen wird das Verbreiten der Bilder von offensichtlichen US-Kriegsverbrechen gegen zivile und unbewaffnete Menschen im Irak und Afghanistan zur Last gelegt. Nicht die Kriegsverbrecher George W. Bush, Dick Cheney, Donald Rumsfeld, Tony Blair usw., die diese Verbrechen begonnen haben, sitzen also im Gefängnis, sondern (...) diejenigen, die diese Verbrechen aufgedeckt und die Information der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt haben, damit dann rechtliche Ermittlungen erfolgen können. Gesetze und internationales Recht werden ad absurdum geführt – und die Mainstreammedien und die meisten Politiker schweigen oder diffamieren Assange und Manning sogar. Das ist eine wahre Bankrotterklärung. Jegliche journalistische Ethik und Norm wird ad acta gelegt, um den imperialen Herren in Washington und London zu dienen. (...)

Claudio Coladangelo, per E-Mail

Kubas Ärzte

Es liegt erwartungsvolle Spannung in der Luft. Ana Perez steht bereit für die Abschiedszeremonie, gleich geht es los nach Angola im Kampf gegen das Coronavirus: "Klar, alles Unbekannte macht etwas Angst, aber in schweren Zeiten muss man einen Schritt nach vorne treten und zeigen, dass wir würdige Repräsentanten unseres solidarischen Landes sind." Ana und ihr Mann sind Teil der Henry-Reeve-Brigaden. Gegründet von Fidel Castro für Katastropheneinsätze weltweit. Ebola, Cholera, Tsunamis, Hurricanes. Wenn Staaten um Hilfe bitten, entsendet Kuba seine "Armee der weißen Kittel". Wir meinen: Ein Lichtblick für die Menschheit!





Ein Schlachthof in Niedersachsen. An einem Fließband stehen Arbeiter mit blutbefleckten Schürzen. Die Messer in ihren Händen sind kaum zu erkennen. So schnell gleiten sie durch das Fleisch der Rinderhälften. Knorpel, Blut und Fettstückchen fallen auf den eiskalten Boden. Arbeit im Akkord. Manchmal zehn, elf oder mehr Stunden am Tag. Was sich kaum einer vorstellen kann: Auch an solchen Orten entsteht das viel gelobte deutsche Exportwunder.

Der Grund: die Arbeiter im Schlachthof bekommen oft nur sechs bis acht Euro die Stunde. Möglich machen das Werkverträge und weiterhin nicht eingehaltene bzw. umgangene Mindestlöhne. Vor allem osteuropäische Arbeiter schufteten dank Werkverträgen zu Billigstlöhnen. Ihre deutschen Kollegen bekommen zwei oder drei Euro mehr. Die Produktion ist so billig, dass immer mehr ausländische Unternehmen ihre Produktion nach Deutschland verlagern.

Es mußte erst Corona kommen....

um den Skandal auf die politische Tagesordnung zu zwingen, denn bisher hatte die Politik auf die gewerkschaftlichen Proteste und die vielen TV-Dokumentationen in Report & Co nicht reagiert. Zusammengepfercht in heruntergekommenen Einfamilienhäusern, Kellern, Schuppen und Containern mit primitiven Sanitäreinrichtungen, so lebten sie, unsere europäischen „Mitbürger“. Nun - nachdem sie ihre Beschäftigten bedenkenlos dem Corona-Virus ausgesetzt haben - schließen ihre Arbeitgeber den Laden und stellen sich an nach Staatsknete. Aber deutsches Lohndumping kostet nicht nur Tausende Menschen die Gesundheit.

Deutsches Lohndumping reißt Europa in den Abgrund.

Exportwunder mit Nebenwirkungen, auch in Deutschland.

In einigen europäischen Nachbarländern wie Frankreich, Dänemark und Schweden haben deutsche Niedriglöhne inzwischen zum Verlust von Zehntausenden Arbeitsplätzen geführt. Aber auch in Deutschland selbst. Nach Gewerkschaftsangaben wurden so allein in der Fleischindustrie seit 2001 mehr als 30.000 reguläre Arbeitsplätze vernichtet. In anderen Ländern wie Griechenland, aber auch in Spanien und Italien, brach wegen der angehäuften Handelsungleichgewichte die Wirtschaft ganz oder teilweise zusammen.

Im Klartext: Mit „Deutscher Wertarbeit“, die für gewöhnlich als das Kernstück des deutschen Exportwunders angesehen wird, hat das alles wenig zu tun. Nicht mehr nur Maschinenbau und Automobilindustrie sorgen für den deutschen Exportboom, sondern dank Agenda 2010 und Lohndumping auch Branchen wie die Fleischindustrie. Dank Lohndumping werden in Deutschland reguläre Arbeitsplätze zerstört. Länder wie Griechenland können mit diesem Lohndumping nicht mithalten. Ihre Wirtschaft geht kaputt und deutsche Waren müssen auf Pump importiert werden. Osteuropäische und deutsche Arbeiter werden gegeneinander ausgespielt. Freuen können sich nur die Unternehmen und ihre Aktionäre – die deutschen wohlgekerkt.



Zum 75. Jahrestag des 8. Mai mehrten sich in Deutschland die Stimmen, diesen Tag bundesweit endlich als Gedenk- und Feiertag zu verankern.



Eimsbüttel / Lokstedt: Wichtiger Hinweis

Sicherheitsreport 2019:

„Die Deutschen sehen die USA als größte Bedrohung für den Frieden“

Fast die Hälfte der Bevölkerung hat das Gefühl, in unsicheren Zeit zu leben, im Osten stärker als im Westen. Das ist das Ergebnis des „Sicherheitsreport 2019“, einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach. Die Regierenden schert das recht wenig. Sie repräsentieren offensichtlich ein anderes Volk.

Kramp-Karrenbauer / CDU

Die sollte `mal Kanzlerin werden!

Erst wollte die Ministerin einen europäischen Flugzeugträger, dann eine europäische Mission im Persischen Golf, dann eine Schutzzone in Nordsyrien. Jetzt fordert sie einen Nationalen Sicherheitsrat und Patrouillenfahrten im Südchinesischen Meer. Bei Annegret Kramp-Karrenbauer muss man offensichtlich mit allem rechnen.

Aber es ist nicht Annegret allein. Die Führung der CDU einschließlich Kanzlerin Merkel bestehen bis heute auf „atomarer Teilhabe“. Das ist doppelt fragwürdig. Die Lagerung amerikanischer Atombomben in der Eifel macht die Bundesrepublik im Kriegsfall auch ohne neue Mittelstreckenraketen automatisch zum Angriffsziel und unterstellt eine Souveränität, die es als Nato-Mitglied nach wie vor nicht gibt. Sekundiert wird die CDU dabei übrigens von SPD-Aussenminister Maas, der sich damit gegen die neue Führung seiner eigenen Partei stellt.

Zitiert: „Ich halte die Nato für überflüssig. Sie ist eine Fremdenlegion der USA in Europa.“ Peter Scholl-Latour

